



PAN Germany, Nernstweg 32, 22765 Hamburg

**Bundeskanzler
Herrn Olaf Scholz
Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin**

Aachen, Berlin, Köln, Hamburg, 22.07.2024

Koalitionsvereinbarung wahren und angekündigtes Exportverbot für verbotene gesundheitsschädliche Pestizide durchsetzen

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

mit großer Sorge beobachten wir, dass das von den Regierungsparteien im Koalitionsvertrag vereinbarte [1] Exportverbot für bestimmte Pestizide, die in der EU aus Gründen des Schutzes der menschlichen Gesundheit nicht zugelassen sind, noch immer nicht umgesetzt wurde. **Wir wenden uns an Sie als Hüter des Koalitionsvertrags mit der dringlichen Bitte: Machen Sie sich stark für dieses Exportverbot und finden Sie einen Weg mit den Koalitionsparteien, Widerstände auszuräumen und noch in dieser Legislaturperiode ein Ausfuhrverbot rechtlich zu verankern.**

Frankreich [2] und Belgien [3] haben bereits Gesetze erlassen, die diese Exporte untersagen. Das im September 2023 in Bonn unter deutscher Präsidentschaft beschlossene Global Framework on Chemicals (GFC) hält Staaten dazu an, den Export von Chemikalien zu untersagen, die national verboten sind. Die Konformität eines entsprechenden deutschen Ausfuhrverbots mit europäischem [4] und internationalem [5] Handelsrecht ist bestätigt. Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages hatte bereits 2020 ausgeführt, dass in Deutschland mit dem Pflanzenschutzgesetz (PflSchG) § 25 Abs. 3 Nr. 2 die notwendige Rechtsgrundlage für eine Rechtsverordnung besteht, um die Ausfuhr von Pestizidprodukten mit bestimmten Stoffen in Drittländer zu untersagen [6]. Ein Rechtsgutachten bestätigte dies 2022 [7].

Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat vor über einem Jahr einen entsprechenden Entwurf für eine Ausfuhrverbotsverordnung in die Ressortabstimmung gegeben. Trotz

deutlicher Unterstützung von Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze stockt der Prozess seitdem. Wir würden uns von Ihnen eine klare unterstützende Aussage zum Exportverbot wünschen und dass die Ankündigung aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt wird.

Von Kritiker*innen eines Exportverbots wird die Rechtssicherheit einer auf § 25 Pflanzenschutzgesetz basierenden Durchführungsverordnung angezweifelt und auf eine „rechtssichere“ direkte Verankerung im Pflanzenschutzgesetz verwiesen. In unseren Augen dient dies dazu, den Prozess und damit ein Ende der Exporte hinauszuzögern. Wir fordern Sie auf, unverzüglich eine rechtssichere Ausfuhrverbotsverordnung zu erlassen, um damit endlich den ersten entscheidenden Schritt zur Beseitigung der menschenrechtsverachtenden Doppelstandards zu machen. Darüber hinaus halten wir es für richtig, das Exportverbot im Zuge einer Überarbeitung des Pflanzenschutzgesetzes umfassender zu verankern, um auch die über die Ausfuhrverbotsverordnung nicht erfassten Exporte verbotener, nicht formulierter Wirkstoffe zu unterbinden. Auch hierfür gibt es bereits Vorschläge, die wir gerne mit Ihnen beraten würden.

Wir haben erfahren, dass die Pestizidhersteller bereits Druck ausüben und Klagen gegen eine Ausfuhrverbotsverordnung androhen. Wir möchten an dieser Stelle darauf verweisen, dass in Frankreich im Vorfeld der Festschreibung des dortigen Exportverbots von der Pestizidindustrie falsche Zahlen über angeblich drohende Arbeitsplatzverluste verbreitet wurden. Tatsächlich ging die Produktion in den wichtigsten betroffenen Produktionsstätten nicht zurück und es wurden keine Arbeitnehmer*innen entlassen [8]. Die Erfahrung aus Frankreich zeigt, wie wichtig es ist, entsprechende Angaben der Industrie sehr kritisch zu prüfen.

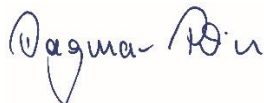
Jedes Jahr vergiften sich nachweislich 385 Millionen Menschen durch den Einsatz von Pestiziden, Tausende sterben an den Folgen [9]. Rund 8.000 Tonnen bei uns verbotener Pestizide werden aus Deutschland exportiert und tragen zu diesen Vergiftungen bei. Täglich werden durch diese Pestizide die Menschenrechte auf Gesundheit, angemessene Nahrung, auf einen sicheren Arbeitsplatz und auf eine saubere Umwelt verletzt. Deshalb unterstützen und fordern auch 274 Organisationen aus Afrika, Asien und Lateinamerika ein entsprechendes deutsches Exportverbot [10]. Mit einem Ausfuhrverbot für bestimmte Pestizide würde Deutschland einen Beitrag zum Abbau von Doppelstandards im Pestizidhandel leisten. Die Auswirkungen auf die Wirtschaft und Beschäftigung in Deutschland wären sehr gering. 2022 machte der Wert der deutschen Exporte von EU-weit verbotenen Pestiziden 4,4 Prozent des Gesamtumsatzes an verkauften Pestiziden für den Landwirtschaftsbereich aus (Inlandsabsatz und Exporte insgesamt) [11]. Ein Exportverbot könnte zudem – vorausgesetzt, es wird ohne Schlupflöcher umgesetzt – dringend benötigte Innovationen in Richtung alternativer, neuer Techniken und biologischer Substanzen vorantreiben.

Der Export hochgefährlicher Pestizide untergräbt Menschenrechte und gefährdet Umwelt und Biodiversität weltweit. Menschenrechte gelten global für alle. Deutschland hat die Möglichkeit und die Verpflichtung zu handeln. Daher wenden wir uns an Sie, Herr Bundeskanzler: Bitte sprechen Sie mit allen beteiligten Ressorts und setzen Sie sich dafür ein, im Sinne des Koalitionsvertrags eine Einigung zu erzielen. Übergeben Sie den Verordnungsentwurf in die Verbände- und Länderkonsultationen, damit die Verordnung unverzüglich in Kraft treten kann.

Wir würden es begrüßen, wenn Sie uns mitteilen könnten, was Sie in der Sache unternommen haben bzw. in den kommenden Monaten unternehmen werden, um das im Koalitionsvertrag angekündigte, von Tausenden von Menschen eingeforderte und von Hunderten Süd-NGOs unterstützte Exportverbot für verbotene Pestizide in Deutschland auf den Weg zu bringen.

Sehr gerne würden wir die Thematik in einem Gespräch mit Ihnen beraten. Bitte lassen Sie uns wissen, ob diese Möglichkeit besteht.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Dagmar Pruin,
Geschäftsführerin
Brot für die Welt



Christian Russau,
Vorstand Dachverband der
Kritischen Aktionärinnen und
Aktionäre



Wolfgang Kaleck,
Generalsekretär European Center
for Constitutional and Human
Rights e.V. (ECCHR)



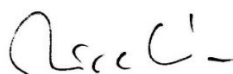
Philipp Mimkes,
Geschäftsführer
FIAN Deutschland



Arndt von Massenbach,
Geschäftsführer
INKOTA-netzwerk



Dr. Andreas Frick
Hauptgeschäftsführer
Misereor



Jürgen Meier,
Geschäftsführer Forum Umwelt
und Entwicklung (FUE)



Serap Altinisik,
Vorstandsvorsitzende
Oxfam Deutschland e.V.




Gabriela Strobel,
Vorständin
PAN Germany



Jan Perke,
Vorstand Coordination gegen
Bayer-gefahren e.V. (CBG)



Dr. Peter Clausing,
Vorstand
Partner Süd Mexikos e.V.



Jan Dunkhorst, Geschäftsführer
Forschungs- und
Dokumentationszentrum Chile-
Lateinamerika e.V. (FDCL)

Korrespondenzadresse:

Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany)

Nernstweg 32

22765 Hamburg

[1] Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP (2021): Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

<https://www.bundestag.de/resource/blob/689790/5d86d62bff8866bae6864f2d8ea2b977/WD-5-015-20-pdf-data.pdf>.

[2] Etats Généraux de l'Alimentation (EGAlim) Artikel 83 (2, IV),

<https://www.legifrance.gouv.fr/dossierlegislatif/JORFDOLE000036562265/>

[3] https://etaamb.openjustice.be/fr/arrete-royal-du-19-novembre-2023_n2023047485.html

[4] Fries, M. und I. Westphal (2022): Umsetzung eines Ausfuhrverbots für bestimmte, gefährliche Pestizide aus Deutschland. Online unter: [https://pan-germany.org/download/rechts_gutachten-zur-umsetzung-eines-pestizid-exportverbots-in-](https://pan-germany.org/download/rechts_gutachten-zur-umsetzung-eines-pestizid-exportverbots-in-deutschland/?wpdmdl=3440&refresh=652e5a63c79d91697536611&ind=1662623065198&filename=Rechts_gutachten_Pestizidexportverbot_20220908.pdf)

[deutschland/?wpdmdl=3440&refresh=652e5a63c79d91697536611&ind=1662623065198&filename=Rechts_gutachten_Pestizidexportverbot_20220908.pdf](https://pan-germany.org/download/rechts_gutachten-zur-umsetzung-eines-pestizid-exportverbots-in-deutschland/?wpdmdl=3440&refresh=652e5a63c79d91697536611&ind=1662623065198&filename=Rechts_gutachten_Pestizidexportverbot_20220908.pdf)

[5] Hamann, A. (2023): Legal opinion on the WTO conformity of an EU export ban on chemicals prohibited in the EU. https://corporateeurope.org/sites/default/files/2024-04/2023_Legalopinion%20Exportban_0.pdf

[6] Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages (2020): Export nicht zugelassener

Pflanzenschutzmittel. Rechtliche Regelungen in Frankreich und Deutschland. Online unter:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/689790/5d86d62bff8866bae6864f2d8ea2b977/WD-5-015-20-pdf-data.pdf>

[7] Fries, M. und I. Westphal (2022): Umsetzung eines Ausfuhrverbots für bestimmte, gefährliche Pestizide aus Deutschland. Online unter: [https://pan-germany.org/download/rechts_gutachten-zur-umsetzung-eines-pestizid-exportverbots-in-](https://pan-germany.org/download/rechts_gutachten-zur-umsetzung-eines-pestizid-exportverbots-in-deutschland/?wpdmdl=3440&refresh=652e5a63c79d91697536611&ind=1662623065198&filename=Rechts_gutachten_Pestizidexportverbot_20220908.pdf)

[deutschland/?wpdmdl=3440&refresh=652e5a63c79d91697536611&ind=1662623065198&filename=Rechts_gutachten_Pestizidexportverbot_20220908.pdf](https://pan-germany.org/download/rechts_gutachten-zur-umsetzung-eines-pestizid-exportverbots-in-deutschland/?wpdmdl=3440&refresh=652e5a63c79d91697536611&ind=1662623065198&filename=Rechts_gutachten_Pestizidexportverbot_20220908.pdf).

[8] <https://pan-germany.org/download/zusammenfassung-report-eu-pestizid-exportverbot-was-waeren-die-folgen/>

[9] Boedeker, W., Watts, M., Clausing, P. *et al.* The global distribution of acute unintentional pesticide poisoning: estimations based on a systematic review. *BMC Public Health* **20**, 1875 (2020). <https://doi.org/10.1186/s12889-020-09939-0>

[10] <https://www.business-humanrights.org/de/neuste-meldungen/274-zivilgesellschaftliche-organisationen-aus-dem-globalen-s%C3%BCden-begr%C3%BC%C3%9Fen-das-von-der-bundesregierung-geplante-exportverbot-von-in-der-eu-untersagten-pestiziden-dr%C3%A4ngen-aber-auf-einen-umfassenden-geltungsbereich/>

[11] Report – EU pesticides export ban: what could be the consequences? <https://pan-germany.org/download/report-eu-pesticides-expot-ban-what-could-be-the-consequences/>